



Stadt Leverkusen

Vorlage Nr. 2026/0235

Der Oberbürgermeister

I/01-011-34-03-gr

Dezernat/Fachbereich/AZ

26.03.2026

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	27.04.2026	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Verkehrssicherheit auf der Langenfelder Straße – Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h - Beanstandung/Aufhebung des Beschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 22.09.2025

Beschlussentwurf:

1. Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I nimmt zur Kenntnis, dass ihr Beschluss vom 22.09.2025 zum Antrag Nr. 2025/3489 der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 27.08.2025 „Verkehrssicherheit auf der Langenfelder Straße - Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h“ vom Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen gemäß § 37 Absatz 6 Satz 5 in Verbindung mit § 54 Absatz 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beanstandet wird, da er das geltende Recht verletzt.
2. Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I hebt daher ihren unter Punkt 1 genannten Beschluss vom 22.09.2025 zur Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf dem Teilstück der Langenfelder Straße auf 50 km/h auf.

Der aufzuhebende Beschluss lautet:

„Die Höchstgeschwindigkeit auf dem Teilstück der Langenfelder Straße zwischen dem Kreisverkehr Fahnenacker und dem Kreisverkehr Autobahn, auf dem derzeit eine Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h gilt, wird auf 50 km/h Höchstgeschwindigkeit reduziert.“

gezeichnet:
Hebbel

I) Finanzielle Auswirkungen im Jahr der Umsetzung und in den Folgejahren

Nein (sofern keine Auswirkung = entfällt die Aufzählung/Punkt beendet)

Ja – ergebniswirksam

Produkt: Sachkonto:
Aufwendungen für die Maßnahme: €
Fördermittel beantragt: Nein Ja %
Name Förderprogramm:
Ratsbeschluss vom zur Vorlage Nr.
Beantragte Förderhöhe: €

Ja – investiv

Finanzstelle/n: Finanzposition/en:
Auszahlungen für die Maßnahme: €
Fördermittel beantragt: Nein Ja %
Name Förderprogramm:
Ratsbeschluss vom zur Vorlage Nr.
Beantragte Förderhöhe: €

Maßnahme ist im Haushalt ausreichend veranschlagt

Ansätze sind ausreichend
 Deckung erfolgt aus Produkt/Finanzstelle
in Höhe von €

Jährliche Folgeaufwendungen ab Haushaltsjahr:

Personal-/Sachaufwand: €
 Bilanzielle Abschreibungen: €
Hierunter fallen neben den üblichen bilanziellen Abschreibungen auch einmalige bzw. Sonderabschreibungen.
 Aktuell nicht bezifferbar

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam) ab Haushaltsjahr:

Erträge (z. B. Gebühren, Beiträge, Auflösung Sonderposten): €
Produkt: Sachkonto

Einsparungen ab Haushaltsjahr:

Personal-/Sachaufwand: €
Produkt: Sachkonto

ggf. Hinweis Dez. II/FB 20:

II) Nachhaltigkeit der Maßnahme im Sinne des Klimaschutzes:

Klimaschutz betroffen	Nachhaltigkeit	kurz- bis mittelfristige Nachhaltigkeit	langfristige Nachhaltigkeit
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Begründung:

In ihrer Sitzung vom 22.09.2025 fasste die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I zum Antrag Nr. 2025/3489 der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 27.08.2025 „Verkehrssicherheit auf der Langenfelder Straße - Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h“ einstimmig bei einer Enthaltung von DIE LINKE den folgenden Beschluss:

„Die Höchstgeschwindigkeit auf dem Teilstück der Langenfelder Straße zwischen dem Kreisverkehr Fahnenacker und dem Kreisverkehr Autobahn, auf dem derzeit eine Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h gilt, wird auf 50 km/h Höchstgeschwindigkeit reduziert.“

Der vorgenannte Beschluss wird vom Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen gemäß § 37 Absatz 6 Satz 5 in Verbindung mit § 54 Absatz 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beanstandet, da er das geltende Recht verletzt.

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I hat den vorgenannten Beschluss trotz einer zuvor abgegebenen ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung vom 19.09.2025 gefasst, in der eine Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit als rechtlich nicht begründbar dargestellt wurde. Diese Rechtseinschätzung wird seitens der Verwaltung weiterhin aufrecht gehalten.

Nach den Vorgaben der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) dürfen Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 50 km/h auf Hauptverkehrsstraßen nur angeordnet werden, wenn aufgrund besonderer örtlicher Verhältnisse eine konkrete Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Verkehrsrisiko erheblich übersteigt. Eine solche qualifizierte Gefahrenlage konnte im betreffenden Streckenabschnitt im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt werden.

Ebenfalls ergaben sich aus der polizeilichen Unfallauswertung keine Auffälligkeiten in Bezug auf geschwindigkeitsbedingte Unfälle. Ergänzend wurde durch den Fachbereich Ordnung und Straßenverkehr ein Geschwindigkeitsprofil erstellt, welches ebenfalls keine Auffälligkeiten hinsichtlich überhöhter Geschwindigkeiten zeigte, aufgrund dessen sich die Einrichtung einer Messstelle zur Geschwindigkeitsüberwachung begründen ließe.

Auch nach der politischen Beschlussfassung wurde die Situation vor Ort erneut überprüft. Die Ortsbesichtigung erfolgte gemeinsam mit der zuständigen Bezirksregierung Köln als Aufsichtsbehörde sowie unter Beteiligung der Polizei. Im Rahmen dieser gemeinsamen Bewertung bestätigte sich die bereits zuvor getroffene fachliche Einschätzung. Zum Zeitpunkt der Verkehrsbeobachtungen war das allgemeine Verkehrsaufkommen nicht übermäßig hoch. Während des Ortstermins konnte lediglich vereinzelt Radverkehr beobachtet werden, Fußverkehr war nicht festzustellen. Der allgemeine Zustand des Streckenabschnitts wurde als gut bewertet, besondere örtliche Gefahrenlagen konnten auch bei dieser Nachprüfung nicht festgestellt werden.

Im Zuge der erneuten Prüfung wurde jedoch festgestellt, dass es im Bereich der Ausfahrt von den Hausnummern 260-262 der Langenfelder Straße nach wie vor zu leichten Sichtbehinderungen kommt. Dies stellt jedoch nach wie vor keinen Grund für eine gene-

relle Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit dar. Jedoch wurde erneut der Straßenbaulastträger dazu aufgefordert, die Sichtdreiecke vollständig und dauerhaft von Grünbewuchs freizuhalten.

Fazit:

Der Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 22.09.2025 zum Antrag Nr. 2025/3489 verstößt damit gegen geltendes Recht und ist vom Oberbürgermeister nach § 37 Abs. 6 S. 5 i. V. m. § 54 Abs. 3 GO NRW zu beanstanden. Die Beanstandung und die Begründung dieser wird der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I in der vorliegenden Vorlage dargestellt. Der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I wird empfohlen, ihren vorgenannten Beschluss aufzuheben. Sie hat somit die Möglichkeit, der Verwaltungsvorlage zu folgen. Verbleibt die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I bei ihrem Beschluss, so hat der Rat über die Angelegenheit zu beschließen. Würde auch der Rat den Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I bestätigen, müsste sodann vom Oberbürgermeister die Entscheidung der Bezirksregierung Köln als Aufsichtsbehörde eingeholt werden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung, sodass der beanstandete Beschluss von der Verwaltung bis zum Abschluss des beschriebenen Verfahrens nicht durchgeführt werden muss bzw. in diesem Fall wie dargestellt gar nicht umgesetzt werden kann.